

Korrespondenz, 23. Jhg., S. 213 ff.), daß die radikale hinduistische Jan-Sangh-Partei sich für die Etablierung des Hinduismus als Staatsreligion einsetzt und daß schließlich von der gleichen Seite die Übernahme hinduistischer Kultformen nur als besonders raffinierter Trick bei der angeblich starken Abwerbung von Hindus zum Christentum angesehen werden könnte. Man kann nur hoffen, daß die Empfehlungen der vergangenen

Wochen bezüglich eines intensiveren Studiums des Hinduismus, einer Vertiefung in Yoga und Meditationsübungen, einer Wahlfreiheit für Lateinisch für Priesteramtskandidaten und eines ständigen Dialogs mit dem Hinduismus allmählich diese Barrieren abbauen helfen. Zunächst jedoch wird sich die Bischofskonferenz in Cochin im Januar 1970 mit den aktuellen Differenzen auseinandersetzen müssen.

wollte es bezweifeln: Es ist Nigeriens gutes Recht, Souveränität auszuüben.

Der „Lagos Daily Express“ (17. 1. 70) veröffentlichte eine Liste jener Staaten, Organisationen und Persönlichkeiten, die als Nigeriens besondere Freunde gelten. Ganz oben auf der Liste steht die Sowjetunion. Es folgen die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), Kaiser *Haile Selassie* und der Generalsekretär der OAU, *Diallo Tell*. Der britische Premierminister *Wilson* und Außenminister *Stewart* fehlen ebenfalls nicht. General Gowon sagte sich bereits bei *Nasser* zu Besuch an, sicherlich auch, um sich für die Dienste der ägyptischen Piloten zu bedanken, die seine russischen MIGs und Iljuschin-Bomber gegen Biafra flogen. Nigeriens Ungnade trifft dagegen vor allem Frankreich, Portugal, Südafrika und Rhodesien.

Das Ende des nigerianischen Bürgerkrieges

Der Bürgerkrieg in Nigeria-Biafra fand nach zweieinhalbjähriger Dauer nun doch ein überraschendes Ende. General *O. Ojukwu*, der Führer des Sezessionsversuchs der früheren Ostprovinz Nigeriens, verließ am 10. Januar 1970 mit einer der letzten aus dem Kessel Biafra startenden Maschinen das Land. In der Nacht vom 13. Januar nahm General *Y. Gowon*, Chef der Militärregierung Nigeriens, die vom amtierenden Staatschef Biafras, Generalmajor *Ph. Effiong*, angebotene Kapitulation entgegen. Am 15. Januar wurde die Existenz Biafras, die mit der Sezession am 30. Mai 1967 begonnen hatte, offiziell beendet. Wer in Nigeria weiterhin von „Biafra“ spricht, soll bestraft werden. General Gowon und General *Effiong* fielen sich vor den Kameras der Fernsehteams in die Arme.

Chancen des Wiederaufbaus

Es ist kaum anzunehmen, daß nach den Jahren des Hasses, des Tötens und Mordens nun über Nacht der Frühling der Versöhnung zwischen Ibos und anderen Nigerianern plötzlich ausbreche. Die Versöhnung wird ihre Zeit brauchen. Mit Erleichterung vernimmt man die zahlreichen Bekundungen des guten Willens der nigerianischen Regierung. Eine Woche nach dem Ende Biafras meldete die Presse: „Keine Spur von Völkermord.“ Aber die Lage in den betroffenen Gebieten selbst konnte noch niemand überblicken. Die Regierung riegelte sie von ausländischen Besuchern hermetisch ab. Die Beobachter der UN beschränkten sich auf verständlichen Gründen auf allgemeine Aussagen zugunsten der Zentralregierung. Noch immer lebt der Zweifel, aber allmählich glaubt die Weltöffentlichkeit den Äußerungen uner-

warteter Großmut: Verbot jeglicher Mißhandlung der Ibo-Bevölkerung, Betreuung der Flüchtlinge durch die Armee und das Nigerianische Rote Kreuz, Amnestie für alle, die sich an die Gesetze Nigeriens halten wollen, Behandlung der Kriegsgefangenen nach allgemein anerkanntem Kriegsrecht, volle Wiedereingliederung der Ibo-Bevölkerung in die nigerianische Staatsgemeinschaft ohne Diskriminierung, großzügiger Wiederaufbau in den vom Krieg verwüsteten Gebieten. Wenn das alles verwirklicht würde, könnte daraus jedenfalls aus europäischer Sicht Versöhnung erwachsen.

General Gowon ist in der glücklichen Lage, sein Wiederaufbau- und Versöhnungsprogramm ohne unüberwindliche finanzielle Sorgen verkünden zu können. Die Kassen vieler Regierungen stehen ihm zur Verfügung. Große und kleine Mächte erklären ihm ihre Hilfsbereitschaft, internationale und nationale Organisationen breiten ihre Wiederaufbaupläne vor ihm aus. Die Bundesregierung ist eine von vielen Hilfswilligen. Sie entsendete den Leiter der Afrika-Abteilung des Auswärtigen Amtes, Graf *Posadowsky-Wehner*, an der Spitze einer Delegation nach Lagos. Er hatte Hilfsangebote im Umfang von 60 Millionen DM zu überbringen. Aber hier ist eine neue Beziehung zwischen Hilfeempfänger und Helfer entstanden. Bittsteller sind nun jene, die Hilfe anbieten, und der Hilfsbedürftige ist der Gewährende. Selten hat ein junger Staat der „Dritten Welt“ seine Souveränität so demonstrativ praktiziert wie Nigerien in diesen Tagen. Das läßt sich nicht ausschließlich mit dem Hochgefühl des Siegers erklären. Sein Stolz ist in der Vergangenheit schwer getroffen worden. Aber wer

Schwerer Stand der kirchlichen Hilfe

Drei Tage lang wurden in allen Kirchen von Lagos Dankgebete für die Beendigung des Krieges verrichtet. Doch die kirchlichen Hilfswerke haben es heute schwer in Nigerien. Manche von ihnen stehen auf der schwarzen Liste von Lagos, darunter Joint Church Aid — die Vereinte Kirchenhilfe, und die Caritas. Es wird ihnen vorgeworfen, sie hätten einseitig Biafra unterstützt. An den Namen Joint Church Aid hat man sich im Laufe der letzten anderthalb Jahre gewöhnt. So lange bestand die Luftbrücke von der portugiesischen Insel Sao Tomé nach dem damaligen Biafra. Joint Church Aid würde ohne die Luftbrücke, und umgekehrt gilt das gleiche, nicht existieren. Seine Mitglieder — zuletzt waren es 33 aus 21 Nationen, Protestanten, Katholiken und Juden — fanden sich im praktischen Helfen zusammen. Sie koordinierten ihre Hilfe wie nie zuvor in der Geschichte der Kirchen, nicht einmal weil ökumenischer Geist sie unwiderstehlich dazu getrieben hätte, sondern weil die Aufgabe anders gar nicht zu lösen war.

In Biafra wurde das Leben von schätzungsweise sechs bis acht Millionen Menschen infolge einer totalen Blockade vom Hungertod bedroht. Daß diese Bedrohung wirklich bestand, beweisen die Gräber im Busch Biafras und die dezimierten Kinderjahrgänge zur Genüge. Nachträgliche

Verharmlosungsversuche, die mit Zahlen jonglieren, ändern nichts daran. Es spielt keine Rolle, ob der Krieg tatsächlich zwei Millionen Opfer gefordert hat oder ob diese Zahl um einige Hunderttausend zu hoch gegriffen ist. 5309 mal flogen die Maschinen der Joint Church Aid von Sao Tomé nach Biafra mit insgesamt 60 325 Tonnen Stockfisch, Kindernahrung, Eipulver und anderen Lebensmitteln, mit Medikamenten und Decken. Für eine gerechte Verteilung sorgten in über 1000 Speisungszentren einheimische und fremdländische Geistliche und Schwestern und ihre Helfer und Helferinnen. Hospitäler und „Sickbays“ wurden eingerichtet, Massenimpfungen gegen drohende Epidemien vorgenommen und ein Netz der Hilfe aufgebaut, dessen Verästelungen bis zu den abgelegenen Buschdörfern reichte. Zeitweise wurden von den Kirchen und anderen in Biafra tätigen Hilfsorganisationen, darunter dem Roten Kreuz, vier Millionen Menschen auf die eine oder andere Weise versorgt. Hunderttausende verdanken dieser Hilfe ihr Leben.

Obwohl sich die kirchlichen Hilfswerke jeder politischen Parteinahme enthielten — sie setzten sich nie „für Biafra“ ein, sondern immer nur für die Notleidenden, und zwar auf beiden Seiten der Kämpfenden — und ausschließlich humanitäre Hilfe leisteten, konnten sie politische Nebenwirkungen nicht vermeiden. Weil ihnen keine andere Möglichkeit offenstand, mußten ihre Flugzeuge nachts fliegen und dabei nigerianisches Hoheitsgebiet verletzen. Sie entgingen auch nicht dem Vorwurf, durch ihre Versorgungsflüge den Krieg zu verlängern. Ausschlaggebend für den Einsatz der Kirchen aber war die Rettung von Menschenleben. Sie wurde höhergestellt als die Sorge, Souveränitätsrechte zu verletzen. Die Kirchen konnten sich auch nicht der Ansicht anschließen, eine Hungerblockade gegen Frauen und Kinder sei ein legitimes Mittel der Kriegführung.

Kirchen im politischen Zwiespalt

Welche Schwierigkeiten aber der Fragenkomplex aufwirft, beweist das Verhalten des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes. Es stellte nach dem Abschluß eines seiner Flugzeuge am 5. Juni 1969 durch eine nigerianische MIG die Flüge nach

Uli ein, weil es nicht gegen den Willen von Lagos nigerianisches Hoheitsgebiet überfliegen wollte. Rote-Kreuz-Teams arbeiteten aber weiterhin in Biafra und Nigerien. Die Koordination sämtlicher Hilfsmaßnahmen in Nigerien mußte das Internationale Komitee jedoch an nigerianische Stellen abgeben. Heute bestehen die Nigerianer mehr denn je darauf, alle Hilfsmaßnahmen in ihrem Land selbst in der Hand zu halten. Sie wollen ihre Probleme selbst lösen und sich dabei von niemandem hineinreden lassen.

Der Weltkirchenrat hatte „die zweideutige Lage . . .“, in die diese gewaltige Leistung das Christenvolk, die Kirchen und Agenturen wegen seiner politischen Begleiterscheinungen versetzt hat“, bedauert. Sie veranlaßte ihn, am 8. Dezember 1969 Joint Church Aid zu empfehlen, ihre Operation „im Lichte a) der Meinung der Menschen und Kirchen in Afrika und insbesondere in Nigerien und Biafra, b) der fortbestehenden menschlichen Nöte und Leiden sowohl in Nigerien als auch in Biafra und der alternativen Wege, ihnen zu begegnen“, zu erwägen (vgl. NC News Service, 9. 12. 69). Da alle Bemühungen um einen Waffenstillstand und Frieden wie auch um die Erschließung anderer Versorgungswege erfolglos geblieben waren, da andererseits das Leben vieler Menschen von der Versorgung durch die Luftbrücke abhing, konnte Joint Church Aid der versteckten Aufforderung des Weltkirchenrats zur Einstellung der Luftbrücke nicht folgen.

Den Vorwurf der Parteinahme für Biafra weisen die Kirchen entschieden zurück. Sie führen als Beweis ihre Bemühungen zur Linderung der Not auf beiden Seiten an, auch in den bereits früher von den nigerianischen zurückeroberten Ostgebieten Nigeriens, und die Tatsache, daß sie sich jeder politischen Stellungnahme im Konflikt enthalten haben. Es gibt einige, aber keine sicheren Anzeichen dafür, daß man dies in Nigerien akzeptiert. Vielleicht nimmt man auch an, die Kirchen seien nicht völlig immun gegen die geschickte Propaganda Biafras gewesen. Die Befürchtungen von Papst Paul VI., es könne im besiegten Biafra zu einem „Völkermord“ kommen, die er zweimal, einmal in seiner Ansprache vor dem Diplomatischen Corps (vgl. ds. Heft, S. 92), sodann vor den Gläubigen auf dem Petersplatz am 11.

Januar äußerte (vgl. „Osservatore Romano“, 12./13. 1. 70), könnten in dieser Annahme bestärkt haben. Die Papst-Äußerung wurde in Lagos sehr übel aufgenommen. Sie führte zu antikirchlichen Demonstrationen und heftigen Presseangriffen gegen den Vatikan. Mehr Fortune dürfte dem Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen beschieden gewesen sein, als er in einem Telegramm an den nigerianischen Staatschef mit dem Angebot weiterer zwischenkirchlicher Hilfe die Überzeugung verband, „daß Ihre versöhnliche Haltung gegenüber den Ibos und die sofortige Ausführung Ihrer diesbezüglichen Befehle durch die Armee von allen friedliebenden Menschen als Grund zur Hoffnung gewürdigt werden“ (öpd, 13. 1. 70). Eine Woche später nahm der Papst seine Worte übrigens zurück, indem er auf Nachrichten hinwies, die seine Befürchtungen zerstreut hätten. Günstigere Nachrichten ergeben sich im Zusammenhang mit dem Besuch der Prälaten J. Rodhain, Präsident der Caritas Internationalis, und G. Hüssler, Präsident des Deutschen Caritasverbandes, in Nigeria. Beide trafen am 15. Januar als Abgesandte des Papstes in Lagos ein, um mit den nigerianischen Behörden und kirchlichen Stellen weitere Hilfsmaßnahmen zu erörtern. Bereits im vergangenen Jahr hatte General Gowon sie empfangen. Bei Redaktionsschluß ließ sich noch nicht überblicken, wieweit die nigerianische Regierung bereit ist, jenen Regierungen und Organisationen gegenüber, die während des Konfliktes in Biafra humanitäre Hilfe leisteten, mit politischer Großmut zu begegnen und die jetzt vielfach angebotene Hilfe voll in den Katastrophengebieten einzusetzen und für einen raschen Wiederaufbau zu nutzen. Der Grad der politischen Befriedung des Landes wird aber vermutlich nicht nur vom Willen der jetzigen Zentralregierung abhängen, sondern auch davon, wieweit sie sich innenpolitisch behaupten und zwischen den weiterbestehenden Stammesgegensätzen bei nunmehr gestärktem Übergewicht des Nordens wird ausgleichen können. Ähnliches dürfte für das Verhältnis zwischen der Regierung und dem künftigen Wirken der Religionsgemeinschaften gelten, insbesondere für die katholische Kirche, die erst im Oktober 1969 ihrer hundertjährigen Präsenz im Lande gedachte.